

ZWEI JAHRZEHNTE TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG BEIM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Am 27. Oktober 2009 hat sich der 17. Deutsche Bundestag konstituiert, die Ausschüsse und weitere Gremien haben in zumeist veränderter Zusammensetzung und mit zahlreichen neuen Abgeordneten ihre Arbeit aufgenommen. Diese Situation trifft zusammen mit dem 20-jährigen Jubiläum des TAB im Jahr 2010. Es erscheint deshalb nur angemessen, wenn dieser TAB-Brief etwas anders als üblich gestaltet ist.

In Form dreier Schwerpunkte sollen das TAB und die parlamentarische Technikfolgenabschätzung – teils im Rückblick, teils als Status-quo-Beschreibung – vorgestellt werden.

- › Wie funktioniert TA als wissenschaftliche Politikberatung, welches sind ihre Strukturen, Verfahren und Ziele?
- › Mit welchen Themen beschäftigt sich das TAB, zu welchen technologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen wünschen die Fraktionen und Ausschüsse wissenschaftsbasierte Beratung?
- › Wie stellt sich die Situation der parlamentarischen TA in europäischer Perspektive dar, welche europäischen Legislativen verfügen über eigene TA-Kapazitäten?

Auf den folgenden Seiten dieses TAB-Briefes dienen diese Fragen als Ausgangs- und Bezugspunkt, um gerade auch den Lesern, denen diese Thematik noch nicht so vertraut ist, einen ersten Eindruck von Aufgaben und Zielen des TAB sowie den Verfahren und Inhalten der TA beim Deutschen Bundestag zu vermitteln.

Vor diesem Hintergrund sei ein kurzer Rückblick auf die Ursprünge der TA im/beim Deutschen Bundestag erlaubt. Dieser führt uns in die 1970er Jahre. Angesichts der zentralen Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die Zukunft moderner Industriegesellschaften waren bereits damals

zahlreiche Parlamentarier fraktionsübergreifend zu der Einsicht gelangt, dass der Deutsche Bundestag seiner politischen Verantwortung für die Mitgestaltung des technischen Fortschritts besser gerecht werden müsse. Hierzu sei es erforderlich, seine Informationsgrundlagen zu verbessern, um zukünftig »aus eigener Erkenntnis imstande (zu sein), Position zu beziehen«. So brachte es der Abgeordnete Dr. Heinz Riesenhuber, CDU/CSU, heute Alterspräsident des Deutschen Bundestages, 1977 auf den Punkt. Diese Aussage stand stellvertretend für die wachsende Überzeugung im Parlament, dass der Deutsche Bundestag eine ständige Einrichtung für Technikfolgenabschätzung schaffen sollte.

Drei Motive leiteten die Suche nach einem pragmatischen Organisationsmodell für TA:

- › Ein wichtiger Anstoß war der von allen Fraktionen empfundene Mangel an ausgewogener Information und Beratung auf dem Felde von Wissenschaft und Technologie. Deshalb dachte man an eine Beratungskapazität, die *nur* für das Parlament arbeitet. Sie sollte ein gewisses Gegengewicht zum gut ausgestatteten Beratungsapparat der Exekutive bzw. den interessen geprägten Informationen aus Wirtschaft und Gesellschaft bilden.
- › Ferner erhoffte man sich durch eine kontinuierlich betriebene TA auch Problem- und Orientierungswissen, um verlorengegangenes Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen. Dabei war ein wichtiges Ziel, in den gesellschaftlichen Debatten um Technik und Technikfolgen eine aktivere Rolle als bislang zu spielen. Die Stärkung des Parlaments als Diskussionsforum für zentrale Zukunftsfragen war dementsprechend ein weiteres Motiv in der Debatte.

- › Schließlich wurden auch Beiträge zur Kontrolle der Regierungsarbeit, zur Gestaltung der Rahmenbedingungen des technischen Wandels und zur Bewältigung von daraus resultierenden Konflikten erwartet. Mithilfe einer institutionalisierten TA sollte die Mitverantwortung des Parlaments für den gesellschaftlichen und technischen Wandel gestärkt werden.

Mit der schließlich 1989 gefundenen institutionellen Lösung – dem Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag – verbanden alle Fraktionen die Hoffnung, eine geeignete Form für TA im Parlament gefunden zu haben: eine ständige TA-Einrichtung, die unabhängig von Wahlterminen und Legislaturperioden das Parlament bei seinen Aufgaben als Gesetzgeber und Kontrollorgan der Regierung sowie bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen des wissenschaftlich-technischen Wandels unterstützt.

Die genannten Gründe und Zielsetzungen für TA sind unvermindert gültig, ja aktueller als zuvor. Gemeinsam mit den Kollegen aus dem Fraunhofer ISI werden meine Mitarbeiter und ich uns auch in der jetzigen Legislaturperiode dafür engagieren, unseren Beitrag zur Erreichung dieser Ziele zu leisten.

Prof. Dr. Armin Grunwald



Prof. Dr. Armin Grunwald
(030) 284 91-0
armin.grunwald@kit.edu